

Was haben Sie aus den vergangenen fünf Jahren gelernt?

OÖN Textarchiv 11.09.2013

Was haben Sie aus den vergangenen fünf Jahren gelernt?

Auf diese Frage sollte jeder eine Antwort haben, insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Nationalratswahl. Die vergangenen fünf Jahre haben aus wirtschaftlicher Sicht enorme Herausforderungen gebracht. Österreich ist bisher relativ glimpflich durch die Krise gekommen. Doch grundlegende ökonomische Minenfelder bleiben.

Werden diese von der kommenden Regierung nicht mit Weitsicht gelöst, ist Österreichs Wohlstand stark gefährdet. Darum erstaunt es, wie geschickt sich die Parteien um die wesentlichsten Fragen herumdrücken und wie man sie dabei gewähren lässt. Sogar die Wähler scheinen erleichtert zu sein, dass ihnen die unangenehmen Wahrheiten erspart bleiben.

Ein Armutszeugnis für die Demokratie und Beweis für die These, dass wir die Politiker bekommen, die wir verdienen. Wenn nicht vor den Wahlen, wann dann soll der Bürger in sich gehen und eine schonungslose Standortbestimmung durchführen. Dabei drängt sich eine Fragestellung auf, die prägend für die kommenden fünf Jahre sein wird: Wie will man die hohe Staatsverschuldung abbauen? Dies ist die jeden Bereich beeinflussende Themenstellung, denn dort, wo der Staat sich nicht mehr finanzieren kann, verliert er seine Existenzfähigkeit.

Diese Frage mündet aber auch im grundlegenden Verständnis der Rolle des Staates. Jeder sollte zumindest darüber nachdenken, ob ein wesentlicher Grund für die hohe Staatsverschuldung nicht darin zu sehen ist, dass der Wähler dem Staat stets neue Aufgaben aufbürdet, ohne erkennen zu wollen, dass entweder wir durch höhere Steuern oder unsere Kinder durch höhere Schulden dafür bezahlen werden.

Die schmerzende Einsicht ist, dass das Österreich, wie wir es kennen, so nicht leistbar ist. Trotz des Geredes vom „Kaputtsparen“ steigen die Staatsschulden weiter. Sich weniger schnell zu verschulden ist zu einer Definition von Sparen mutiert. Folglich impliziert eine nachhaltige Sanierung der Staatsfinanzen ein ganz anderes Staatsverständnis als das bisher gelebte.

Es beinhaltet die Frage, ob der Wähler nur auf seine unmittelbaren Interessen schauend zur Urne schreiten soll oder über seinen Tellerrand hinwegsieht. Wer dem Weitblick und Altruismus der Massen nicht vertraut, sollte als Kapitulation vor der eigenen „Gier nach mehr Staat“ wenigstens eine echte Schuldenbremse fordern.

Die hohe Staatsverschuldung ist schicksalhaft mit weiteren unangenehmen Wahrheiten wie dem nicht finanzierbaren Pensionssystem, der kalten Enteignung der Sparer durch Negativzinsen und der Frage, wie man in Zukunft mit kriselnden Banken und europäischen Staaten umgehen will, verbunden. Ein Demokratieversagen wäre es, wenn eine Diskussion darüber niemandem zugemutet würde. In diesem Fall hätten wir aus den vergangenen Jahren gar nichts gelernt.

Teodoro D. Cocca ist Dekan der SoWi-Fakultät der Uni Linz

Kolumne

Von Teodoro D. Cocca